

Deutschlands erste Nationale Sicherheitsstrategie

Vladislav Belov

Die Kurzfassung des Artikels erschien in WeltTrends 199 – Deutschlands Strategien der Unsicherheit.

<https://welttrends.de/welttrends-199-deutschlands-strategien-der-unsicherheit/>

Abstract

Am 14. Juni 2023 stellten Bundeskanzler Olaf Scholz, Außenministerin Annalena Baerbock, Innenministerin Nancy Faeser, Verteidigungsminister Boris Pistorius und Finanzminister Christian Lindner auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die erste deutsche Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) vor. Sie war bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen. Mit der Ausarbeitung war das Außenministerium betraut. Bis Ende 2022 sollten die Beamten die Strategie ausgearbeitet haben, was jedoch nicht geschah. Entgegen den Erwartungen der Experten wurde die NSS auch nicht auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2023 vorgestellt, wo sie mit ausländischen Experten diskutiert werden sollte. Das Dokument ist mehr eine Absichtserklärung verschiedener Ministerien, den eine kohärenten Strategie. Zumal wichtige Elemente wie Budget, Zeitpläne oder konkrete Umsetzungsmechanismen fehlen.

Am 14. Juni 2023 stellten Bundeskanzler Olaf Scholz, Außenministerin Annalena Baerbock, Innenministerin Nancy Faeser, Verteidigungsminister Boris Pistorius und Finanzminister Christian Lindner auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die erste deutsche Nationale Sicherheitsstrategie vor. Der Vizekanzler und Minister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck war dem Vernehmen nach verhindert (Auswärtiges Amt 2023 – NSS). Die wichtigsten Dokumente, an denen sich deutsche Sicherheitspolitik zuvor orientierte, waren: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr (Verteidigungsministerium, 2016); Leitlinien „Krisenprävention, Konfliktmanagement, Friedensförderung“ (Auswärtiges Amt, 2017); Weißbuch Multilateralismus (Auswärtiges Amt, Juni 2021); Cybersecurity-Strategie für Deutschland (Verteidigungsministerium, August 2021); Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt (21. März 2022); Strategisches Konzept der NATO 2022 (Juni 2022).

Merkmale der neuen Strategie

Die NSS, die bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen war, wurde nun ein 76-seitiges Dokument mit drei Hauptabschnitten (ursprünglich hieß es, das Dokument würde etwa 40 Seiten lang sein). Mit der Ausarbeitung war das Außenministerium betraut. Bis Ende 2022 sollten die Beamten die Strategie ausgearbeitet haben, was jedoch nicht geschah. Entgegen den Erwartungen der Experten wurde die NSS auch nicht auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2023 vorgestellt, wo sie mit ausländischen Experten diskutiert werden sollte.

Als einen der Hauptgründe für die Verzögerung nannte Baerbock die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine, die laut Scholz den Beginn einer „Zeitenwende“ in

der globalen und europäischen Sicherheit markiere und neue Herausforderungen für die deutsche Innen- und Außenpolitik definiere.

Es war jedoch klar, die Haupthindernisse für die Entwicklung dieses neuen Dokuments waren ressortübergreifende Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den Inhalt, einschließlich der Parteizugehörigkeit der Leiter der Ministerien und ihrer nachgeordneten Organisationen, sowie der Wunsch der Grünen, es maximal mit Werten und ökologischen Parametern zu füllen. Anders als bei der Entwicklung des Weißbuchs der Bundeswehr gab es bei der NSS kaum inhaltliche Diskussionen mit Experten, organisierten Interessengruppen und Aktivisten der Zivilgesellschaft.

Ein Ausdruck regierungsinterner Konflikte war die Weigerung, den beabsichtigten Nationalen Sicherheitsrat einzurichten, das wichtigste Gremium, das für die praktische Umsetzung der Strategie zuständig sein sollte; das wurde von Vertretern der FDP gefordert. Das von Annalena Baerbock geleitete Außenministerium befürchtete, dass er dem Bundeskanzleramt unterstellt würde und das Auswärtige Amt damit wichtige Einflussinstrumente verlieren würde. Es wurde beschlossen, dass im Bedarfsfall ein Bundessicherheitsrat einberufen werden sollte, der aber wahrscheinlich nicht so effektiv sein würde wie eine dauerhafte Struktur.

Die Verwendung des Begriffs einer „integrierten, umfassenden und universellen Sicherheit“ durch die Autoren kann als Innovation betrachtet werden. Nach Baerbock bedeutet dies, dass „die relevanten Akteure, Mittel und Instrumente so zusammenwirken und interagieren, dass die Sicherheit unseres Landes umfassend gewahrt, weiter gestärkt und vor weiteren Bedrohungen geschützt wird.“ (Pressekonferenz 2023) Dieser Ansatz umfasst neben den traditionellen politisch-militärischen Aspekten fast alle Bereiche der modernen Gesellschaft und befasst sich mit Fragen der Politikgestaltung und -umsetzung in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, Finanzen, Bildung, Gesundheit, Umwelt usw. Zweifelsohne hat jeder dieser Bereiche seine eigenen Herausforderungen und Bedrohungen. Außerdem hat die Fachwelt in vielen Fällen bereits fertige Antworten oder Vorschläge für die erforderlichen Lösungen. Viel schwieriger ist es, unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung der in der Strategie skizzierten umfassenden Sicherheit des Landes die gegenseitige Beeinflussung, die Zusammenhänge und die (auch integrierte) Vernetzung der aktuellen Risiken auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und der Volkswirtschaft zu erkennen. Dazu waren die Autoren unseres Erachtens nicht bereit oder in der Lage. Sie haben daher den einfachsten Weg gewählt, indem sie im Rahmen der Aufgabenstellung die wichtigsten der oben genannten Sektoren und Bereiche getrennt betrachtet haben, wohl in der Annahme, dass sich die gewünschte Wechselwirkung nach und nach einstellen würde.

Die internationale Positionierung Deutschlands. Die Rolle der Russischen Föderation und der VR China

In Bezug auf das Völkerrecht positioniert sich das offizielle Berlin weiterhin einerseits als Befürworter von UN-Prinzipien, andererseits aber auch von Multilateralismus und einer auf den Regeln und Werten des kollektiven Westens basierenden Ordnung. Es fordert, den 50. Jahrestag der deutschen UN-Mitgliedschaft zu nutzen, um die Rolle Deutschlands in der Organisation weiter zu stärken. Der deutsche Staat freut sich auf die Reform des Sicherheitsrates, in dem er ständiges Mitglied werden will (zumindest wieder einen nicht-ständigen Status in den Jahren 2027-2028 anstrebt).

Hauptaugenmerk liegt nach wie vor auf einer regelbasierten internationalen Ordnung. In diesem Rahmen ist die BRD bereit, sich auch mit Ländern zu engagieren, die die westlichen Werte nicht teilen und die sie vor allem über Nichtregierungsorganisationen und -strukturen schrittweise in den Einflussbereich des eigenen und des kollektiven Westens ziehen möchte. Von besonderem Interesse sind dabei die Staaten des globalen Südens. Berlin hat auch seine Bereitschaft signalisiert, den Beitritt der Ukraine, der Balkanländer, Moldawiens und langfristig auch Georgiens in die EU zu unterstützen. Gleichzeitig wird in dem Dokument keine Stellungnahme zu einer möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens abgegeben.

In der Strategie werden drei Länder hervorgehoben, die nach Ansicht der Autoren erheblichen Einfluss auf die umfassende Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland haben: Russland, die Ukraine und China.

Es wird immer wieder betont, die größten Bedrohungen und Herausforderungen würden von der Russischen Föderation ausgehen. Der Text listet die in deutschen und westlichen Medien bekannten Propaganda-Klischees mit unbegründeten Vorwürfen gegen Russland bezüglich „imperialem Verhalten“, „ständiger Verletzung des Völkerrechts“ etc. auf. Als einzige konstruktive Bestimmung der Strategie in Bezug auf Russland kann die folgende angesehen werden: „Die Bundesregierung setzt sich für strategische Risikominderung und Vorhersehbarkeit ein, einschließlich der Aufrechterhaltung stabiler politischer und militärischer Kommunikationskanäle zwischen der NATO und Russland. Wir bleiben offen für gegenseitige Transparenzmaßnahmen, sofern die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Wir bekennen uns zu praktischen Instrumenten der Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung im militärischen Bereich unter der Schirmherrschaft der OSZE.“ Angesichts der gegenwärtigen Situation in den deutsch-russischen Beziehungen fällt es schwer zu glauben oder anzunehmen, dass Berlin wirklich bereit ist, diese Erklärung mit konkreten Inhalten zu füllen.

In direktem Zusammenhang mit der Russischen Föderation steht die deutsche Position zum Ukraine-Konflikt und zur Ukraine. Sie läuft auf die Bereitschaft hinaus, das Kiewer Regime bis zum „siegreichen Ende“ zu unterstützen und seine umfassende Unterstützung im militärisch-technischen Bereich fortzusetzen, einschließlich der Lieferung neuer Waffen und der Bereitstellung einer Reparaturbasis für ausgemusterte Ausrüstung (auf dem Gebiet Polens und Rumäniens). Deutschland steht in diesem Bereich im kollektiven Westen nach den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle. Das Leitmotiv der Hilfe: Die Interessen des ukrainischen Staates zu schützen bedeutet, die Interessen und die Sicherheit der BRD zu schützen. Aber das Hauptmotiv war letztlich die „objektive Notwendigkeit“ einer qualitativen Modernisierung der Bundeswehr und die Stärkung der Rolle Deutschlands als europäische und weltweite Militärmacht.

China ist für Deutschland sowohl integraler Bestandteil der Sicherheit als auch eine Herausforderung und ein Risiko. Auf der Pressekonferenz sagte Scholz, dass in ihrer Einschätzung bereits viel erarbeitet worden sei: „Die China-Strategie, die wir jetzt formulieren, wird alles zusammenfassen, was bisher gemacht wurde“, einschließlich der Ergebnisse der Diskussionen auf dem letzten G7-Gipfel, wo die Teilnehmer „eine gemeinsame Basis zu China gefunden haben“. Als eine der wichtigsten Herausforderungen bezeichnete der Kanzler die Notwendigkeit, gleichzeitig die zunehmende Rolle des Reichs der Mitte in der Weltwirtschaft zu berücksichtigen. Für Berlin ist es wichtig, ein akzeptables Gleichgewicht zu finden (vor allem in den Außenwirtschaftsbeziehungen), was sich teilweise bereits in den laufenden bilateralen Gesprächen und den Regierungskonsultationen widerspiegelt.

Leitmotiv ist die politisch-militärische Sicherheit

Ein Leitmotiv der Strategie ist die politisch-militärische Sicherheit. Die politisch-militärische Sicherheit der BRD stützt sich historisch auf das transatlantische Bündnis, in dem die USA eine führende Rolle spielen, und die deutsch-französische Partnerschaft. Berlin bestätigt, dass diese beiden Säulen auch in Zukunft Bestand haben werden. In dem Dokument wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) zu unterstützen und die Europäische Friedensfazilität zu stärken. Der Hauptteil der Strategie beschreibt den Platz Deutschlands in der NATO, die gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik der EU und die Rolle des militärisch-industriellen Komplexes. In diesem Zusammenhang wird die qualitative Modernisierung der Bundeswehr und das Erreichen eines Anteils der Verteidigungsausgaben am BIP von zwei Prozent angestrebt. Formal soll dies bereits 2024 geschehen, in erster Linie aus dem 100-Milliarden-Euro schweren Sondervermögen. Angesichts der schwierigen Finanzlage und der strikt restriktiven Politik des Finanzministers haben sich die Autoren jedoch entschlossen, in der Strategie festzuhalten, dass dieses Ziel nicht als Jahresziel, sondern als Durchschnitt über einen „definierten mehrjährigen“ Zeitraum erreicht werden soll. Auf der Pressekonferenz umriss Finanzminister Lindner diesen Zeitraum von 2025 bis 2029. Mit anderen Worten, seiner Ansicht nach wird es bereits in der nächsten Legislaturperiode in der Verantwortung einer anderen Regierung liegen. Nach der gelassenen Reaktion von Verteidigungsminister Boris Pistorius zu urteilen, wird die Bundeswehr bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 zusätzliche Mittel erhalten und der deutsche militärisch-industrielle Komplex wird neue Aufträge bekommen.

Der Bereich der Regulierung von Waffenexporten bleibt undurchsichtig – die derzeitige Regierungskoalition arbeitet seit mehr als einem Jahr an einem Gesetzentwurf zur Verschärfung der Kontrolle von Waffenlieferungen an andere Länder, aber die Einzelheiten sind nicht bekannt. Auch die Situation der sogenannten Militärhilfe für die Ukraine und der Exporte in „nicht-demokratische“ Länder bleibt umstritten.

Fragen der inneren Sicherheit Deutschlands

Um Desinformation zu bekämpfen, die Widerstandsfähigkeit des deutschen demokratischen Systems gegenüber verschiedenen Arten von Krisen zu stärken und allen Formen von Extremismus und anderen derartigen Bedrohungen entgegenzutreten, plant die Regierung die Ausarbeitung einer Reihe von separaten Dokumenten (ohne deren Inhalt im Einzelnen zu nennen), darunter:

- eine Gesamtstrategie für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft;
- eine Strategie zum Ausbau der Kapazitäten gegen hybride Bedrohungen;
- eine Strategie für den Umgang mit Desinformation sowie die notwendigen Konzepte (gemeinsam mit den Staaten) für die Arbeit der Bildungsressorts;
- Änderungen der rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Bekämpfung von Spionage und subversiven Aktivitäten.

Den Grünen ist es gelungen, einen großen Block zu Menschenrechten, einschließlich Minderheiten, Frauen (im Rahmen der Feminisierung der Außenpolitik), Flüchtlingen, Asyl und ihren Lieblingsthemen wie Klimaschutz und Biodiversität in die Strategie aufzunehmen. In dem Dokument erscheinen einige Themen eher als Fremdkörper und scheinen wenig interessant für die Analyse.

Auch der Abschnitt zur wirtschaftlichen und finanziellen Nachhaltigkeit trägt eine „grüne“ Handschrift, vor allem im Hinblick auf die Verringerung sogenannter kritischer Abhängigkeiten, insbesondere im Energiesektor. Es gibt einen klaren Bezug zu den Postulaten des europäischen Green Deals – Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, verstärkte inländische Produktion und Diversifizierung ausländischer Energielieferanten. Besonderes Augenmerk wird auf kritische Lieferketten gelegt. Bemerkenswert ist, dass die Notwendigkeit der Sicherung der maritimen Handelswege nicht erwähnt wird: Hier stellt sich die Frage, ob die Bundeswehr an deren Schutz beteiligt sein wird.

Auch für die Rohstoffkooperation nannte der Bundeskanzler einen neuen Ansatz: die maximale Aufbereitung der geförderten Ressourcen in den Partnerländern und die Lieferung bereits angereicherter Rohstoffe nach Deutschland. Dies würde zum einen die Wirtschaftskraft der Lieferländer stärken und zum anderen die Bezugsquellen diversifizieren. Natürlich gibt es noch einen dritten, für deutsche Unternehmen vielleicht noch wichtigeren Punkt: die Einsparung von Energie und die Reduzierung von Treibhausgasemissionen bei der Verarbeitung von Rohstoffen. In der Strategie wird der Aufbau und die Weiterentwicklung eines „offenen und kooperativen internationalen Klima-Clubs“ erwähnt. Das ist eine Idee, die Berlin seit seiner G7-Präsidentschaft 2022 verfolgt.

Die Überwachung ausländischer Investitionen wird verstärkt, und es wird weiter an der Verbesserung der Mechanismen zum Schutz der nationalen Wirtschaft gearbeitet, einschließlich der Ausarbeitung der erforderlichen Umsetzungsdokumente. Als Beispiel für diese Notwendigkeit nannte Baerbock den Verkauf des Untergrundspeichers Rehden an die russische Gazprom im Jahr 2015, der in der Folge die Sicherheit der deutschen Gasversorgung gefährdet haben soll. Die auf Initiative der Grünen bereits beschlossenen Gesetzesänderungen zur Legitimierung der Beschlagnahme des Eigentums von Gazprom und Rosneft, die aus ihrer Sicht wohl „best practices“ sind, werden in der Strategie und in der Diskussion nicht erwähnt.

Eine Reihe weiterer wichtiger wirtschaftlicher und politischer Dokumente sind in Vorbereitung:

- eine Rohstoffstrategie, einschließlich Versorgungssicherheit, Diversifizierung, Nachhaltigkeit und Innovation;
- eine Strategie für die Einfuhr von Wasserstoff;
- eine Nationale Strategie zum Schutz der Wirtschaft.

Die Rolle des Katastrophenschutzes und der Notfallmechanismen sowie die Organisation der Hilfe für die Bevölkerung, auch in anderen Ländern, werden hervorgehoben. Um die wirtschaftliche Resilienz zu erhöhen, wurde 2023 das Dachgesetz zum Schutz der „Kritischen Infrastrukturen“ (KRITIS) auf den Weg gebracht, das erstmals in Deutschland spezifische Anforderungen für alle kritischen Sektoren festlegen soll. Der Gesetzentwurf sollte im Juli dieses Jahres der Regierung vorgelegt werden. Es wurde in seiner Vorbereitung maßgeblich von den Nord-Stream-Explosionen beeinflusst, die von den Autoren der Strategie jedoch nicht erwähnt werden.

Technologische und digitale Souveränität werden in der NSS als Teil der umfassenden Sicherheit gesehen, die das Innovationssystem des Landes prägt. Deutschland wird als eine führende Technonation beschrieben, die aktiv neue Technologien entwickeln und nutzen, ihre Standards weiterentwickeln und Schlüsseltechnologien auf das Niveau von „hochinnovativ“ bringen muss. Hierfür soll die „Bundesagentur für Sprunginnovationen“ (SPRIND) zuständig sein. Ergänzt wird sie durch die „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“ (DATI), die sich auf die Förderung angewandter Forschung und Entwicklung regionaler und interregionaler Innovationssysteme konzentriert. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, in ein System zur Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte zu investieren und diese aus dem Ausland anzuwerben.

Schutz vor Cyber-Bedrohungen

Viel Aufmerksamkeit wird der Verteidigung gegen Cyber-Bedrohungen gewidmet, bei der das Zusammenspiel aller Beteiligten – Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – notwendig ist. Neben der Wissenschaftsdiplomatie werden auch die Begriffe „Cyber-Diplomatie“ und „Cyberaußenpolitik“ verwendet. Dieser Abschnitt ist am ausführlichsten dargestellt.

Die Regulierung des weltweiten Cyberspace wurde als vorrangig eingestuft, um die Einhaltung bestehender Menschenrechtsstandards zu gewährleisten, einschließlich des Schutzes der Privatsphäre, der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Verschlüsselung persönlicher Daten. Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen und Unternehmen in einer Krisensituation wurden als existenzielle Bedrohung eingestuft. Daher beabsichtigt der Staat, ein Höchstmaß an Schutz gegen solche Angriffe zu schaffen, unter anderem durch die Anwendung der EU-Cybersicherheitsrichtlinien (NIS2-Richtlinie) und die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen auf EU-Ebene. Gleichzeitig will die Regierungskoalition die Zusammenarbeit zwischen Industrieunternehmen und einschlägigen internationalen Organisationen sowie die Erforschung der Rolle bahnbrechender Technologien fördern, darunter künstliche Intelligenz, Quantentechnologien (Computer und Kryptographie) und Spracherkennung. Deutschland verfügt bereits über ein Forschungsrahmenprogramm „Digital.Souverän.Sicher“, das auf IT-Sicherheit abzielt. Der Kampf gegen Cyberkriminalität und ihre Hauptbedrohung, Ransomware, wird verstärkt.

Die Zusammenarbeit mit Deutschlands internationalen Partnern und Verbündeten spielt eine wichtige Rolle, einschließlich der Stärkung ihrer Cybersicherheitsfähigkeiten und der Einrichtung gemeinsamer Koordinierungsplattformen. Dies wird eine rechtzeitige Prävention und angemessene Reaktion auf Cyberangriffe und -bedrohungen ermöglichen. Auf Drängen des Justizministeriums wurde jedoch das Recht auf sogenannte Hackbacks, d.h. die Durchführung präventiver Angriffe auf Angreifer, die Cyberangriffe organisieren, aus der Strategie ausgeklammert.

Die Regierung plant, die bestehende Cybersicherheitsstrategie weiterzuentwickeln und dabei auch die Qualität der Arbeit aller beteiligten Stellen, einschließlich der Geheimdienste, zu verbessern. Das Nationale Cyberverteidigungszentrum wird deren Aktivitäten koordinieren. Gleichzeitig soll ein Mechanismus für die behördenübergreifende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch geschaffen werden. Der Föderale Dienst für Sicherheit und Informationstechnologie wird in seiner Arbeit unabhängiger sein und ist für die Koordinierung der gemeinsamen Arbeit von Bund und Ländern zuständig. Er wird auch für einen ständigen

Informationsaustausch mit Unternehmen der kritischen Infrastruktur sorgen. Es kann ein Computer-Notfallteam eingerichtet werden. Ein Kompetenzzentrum für betriebliche Sicherheitsberatung ist geplant. Falls erforderlich, ist die Regierung bereit, dem Parlament Vorschläge zur Verbesserung des rechtlichen Rahmens – bis hin zum Grundgesetz (Verfassung) – zu unterbreiten.

Der NSS befasst sich mit den Bedrohungen, die von der Nutzung des Weltraums durch kritische Infrastrukturen ausgehen - Satellitenkommunikation, Navigation, Überwachung von terrestrischen Objekten. Der Grundgedanke ist, international über das Verbot ihrer möglichen absichtlichen Zerstörung zu diskutieren. Berlin hat keine Einwände gegen die Nutzung des Weltraums für militärische Zwecke und entwickelt seine Strategie für Weltraumsicherheit.

Schlussfolgerungen

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie, die als „umfassend und integriert“ bezeichnet wird und in dieser Hinsicht ein „Novum in der deutschen Geschichte“ darstellt, ist im Grunde eine Zusammenstellung von Dokumenten, die zuvor von der aktuellen und der vorherigen Koalitionsregierung entwickelt und vereinbart wurden. In der Außenpolitik wird sich Deutschland weiterhin auf den Transatlantismus – die USA und die NATO – konzentrieren. An zweiter Stelle bleibt der Vektor der Europäischen Union, der auf die Interaktion mit Frankreich setzt. An dritter Stelle stehen die „dritten“ Länder, die die Werte des kollektiven Westens, des Multilateralismus und der regelbasierten Ordnung anerkennen. An letzter Stelle stehen die „antidemokratischen“ Staaten, auf die die BRD hauptsächlich über Nichtregierungsorganisationen einwirken will.

Berlins wichtigste außenpolitische Herausforderungen sind zunehmend mit der Russischen Föderation und China verbunden. Russland ist ein „globales Übel“, das die internationale und europäische Sicherheit zerstört. China ist eine Macht, zu der konstruktive Beziehungen aufgebaut und Konflikte, die zur weiteren Zerstörung der gegenwärtigen Weltordnung beitragen könnten, vermieden werden sollen.

Vor diesem Hintergrund wird Deutschland mit seinen wichtigsten Partnern die Streitkräfte reformieren, neue Verteidigungssysteme aufbauen, die öffentlichen Ausgaben dafür schrittweise erhöhen und durch umfangreiche militärische und technische Unterstützung versuchen, Kiew zum Sieg über Moskau zu verhelfen.

Hauptnutznießer der neuen Strategie ist das Verteidigungsministerium, das eine qualitative Modernisierung der Bundeswehr vorbereitet und trotz des Widerstands des Finanzministers mit einer erheblichen Aufstockung der Mittel in den Jahren 2023-2024 rechnet.

Parallel dazu wird Berlin durch „Soft Power“ (Wissenschaftsdiplomatie, Entwicklungspolitik, Unterstützung von Gender-Initiativen usw.) für westliche Werte werben und für eine Erweiterung des Kreises der Partnerländer sorgen.

Im Bereich der Inneren Sicherheit wird sich der deutsche Staat auf den umfassenden Schutz des Cyberraums, kritischer Infrastrukturen und Unternehmen sowie auf effektive Notfalldienste konzentrieren.

Im Großen und Ganzen ist die NSS eine Reihe allgemeiner Bestimmungen, Wünsche, Aussagen, die in die Praxis umgesetzt werden sollen. Der erklärte integrierte Ansatz ist formal. Den einzelnen Blöcken folgen die Interessen der einzelnen Ministerien und die Parteizugehörigkeit ihrer Leiter (sehr ähnlich dem Text der letzten Koalitionsvereinbarung). Es

gibt keine bahnbrechenden Bestimmungen und Ideen. Es gibt keine konkreten Fristen, keine verantwortlichen Strukturen und Agenturen und keine Mechanismen für die Interaktion zwischen ihnen (außer bei der Cybersicherheit). Offensichtlich haben sich die Ministerien und Behörden nie darauf geeinigt und gehen davon aus, dass sie diese in Zukunft selbst festlegen können. Dies ist jedoch fragwürdig.

Die Strategie sieht keine Mechanismen zur Überwachung ihrer Umsetzung vor und enthält nicht einmal eine grobe Schätzung der Finanzierung der angegebenen Projekte. Sie erweckt den Eindruck, dass sie „um des Tages willen“ geschrieben wurde, um zu zeigen, dass die Koalition in der Lage ist, sich auf strategisch wichtige Themen zu einigen (in diesem Fall unter der Führung der Grünen) und ist daher vielleicht nur minimal auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet.

Literatur

Auswärtiges Amt, Hrsg. (2023): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Berlin, Juni 2023.

Pressekonferenz (2023) von Bundeskanzler Scholz, Bundesministerin Baerbock, Bundesminister Lindner, Bundesminister Pistorius und Bundesministerin Faeser zur Vorstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie am 14. Juni 2023. URL:<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzler-scholz-bundesministerin-baerbock-bundesminister-lindner-bundesminister-pistorius-und-bundesministerin-faeser-zur-vorstellung-der-nationalen-sicherheitsstrategie-am-14-juni-2023-2196324>. (abgerufen am 18.06.2023)



Biographische Angaben

Dr. Vladislav Belov geb. 1960, Wissenschaftlicher Direktor des Europa-Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften, Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen, langjähriger Autor von *WeltTrends*.

E-Mail: belov@instituteofeurope.ru